

# Volksstimme

Einzelpreis 12 Milliarden

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münststraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis: Woche vom 5. bis 11. November 60 Milliarden Mark, Abholer 59 Milliarden Mark.

Anzeigen-Grundpreise: Die 10gespaltene, 27 Millimeter breite Nonpareilzeile örtlich 84 Mk., auswärts 108 Mk., Familienanzeigen und Stellengeluche 42 Mk., Vereinstafeln 96 Mk., die dreigespaltene, 90 Millimeter breite Kellamezeile örtlich 42 Mk., auswärts 540 Mk. Der Grundpreis wird vervielfacht mit der Schlüsselzahl des Vereinstafel-Deutsch-Zeitungsverleger, zurzeit 100 Millionen. Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Plagiaten keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 258.

Magdeburg, Sonntag den 4. November 1923.

34. Jahrgang.

## Schluß der großen Koalition.

### Der Beschluß der Fraktion.

Die Sozialdemokraten haben sich von Stresemann getrennt, die große Koalition ist gesprengt, die drei sozialdemokratischen Reichsminister haben ihren Rücktritt erklärt.

Am Freitag vormittag war eine Besprechung der Führer der Koalitionsparteien. Diese Sitzung endete ohne positives Ergebnis, obwohl selbst die Vertreter des Zentrums und der Demokraten erklären mußten, daß sie für die Forderungen der Sozialdemokratie nach den Vorkommnissen der letzten Tage volles Verständnis haben.

Anschließend konferierte der Reichskanzler mit den Vertretern der bürgerlichen Koalitionsparteien, dem später eine Kabinettsitzung folgte. In dieser Sitzung kam es zu scharfen Zusammenstößen zwischen einzelnen Ministern der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Parteien. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, weil sich bereits in dieser Kabinettsitzung erneut die schwerwiegenden Meinungsverschiedenheiten als unüberbrückbar herausstellten.

In der dann folgenden Sitzung des Reichskanzlers mit den Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erklärte Stresemann, daß die bürgerlichen Mitglieder seiner Regierung aus grundsätzlichen und tatsächlichen Erwägungen heraus sich nicht auf den Boden der sozialdemokratischen Forderungen stellen könnten. Die Annahme der von der Sozialdemokratie aufgestellten Voraussetzungen für den weiteren Verbleib im Kabinett hätte zur Folge, daß in Bayern die Koalitionsregierung erneut als unter dem Druck der „Margisten“ handelnd, bezeichnet würde. Im übrigen aber könne der Ausnahmezustand im Augenblick wegen der drohenden innerpolitischen Unruhen nicht aufgehoben werden, schließlich aber auch deshalb nicht, weil die Reichswehr darin ein Mißtrauensvotum erblicken würde. U. a. verwies der Reichskanzler dann noch auf die außerpolitische Lage und die Schwierigkeiten für die künftige Reparationslösung, falls es nach dem Austritt der Sozialdemokratie aus der Regierung nicht gelingen sollte, eine verfassungsmäßige Regierung zu bilden.

Um 3½ Uhr nachmittags trat die sozialdemokratische Fraktion zur Kenntnisnahme der von ihren Fraktionsführern gepflogenen Verhandlungen zusammen. Nach einstündiger Debatte wurde gegen 19 Stimmen bei stark besetzter Fraktion der Beschluß gefaßt: Die Sozialdemokratie zieht ihre Minister aus der Reichsregierung zurück.

Die Reichsminister Schmidt, Rabbruch und Sollmann begaben sich nach Beendigung der Fraktionsitzung sofort zum Reichskanzler und überreichten ihm folgendes Rücktrittsschreiben:

Politische Ereignisse der letzten Zeit haben zu schweren Meinungsverschiedenheiten im Kabinett geführt. Die Unterzeichneten hatten deshalb bereits am 29. Oktober ihre Absicht ausgesprochen, aus der Reichsregierung auszutreten. Sie haben die endgültige Entscheidung ihrer Fraktion angeheimgestellt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in Übereinstimmung mit uns bestimmte Voraussetzungen formuliert, ohne deren Erfüllung unsere Mitarbeit im Kabinett unmöglich wäre. Da diese Voraussetzungen nicht erfüllt worden sind, erklären wir im Einverständnis mit der sozialdemokratischen Fraktion hiermit unsern Rücktritt.

Der Reichskanzler nahm von dem Rücktrittsgesuch Kenntnis und dankte den sozialdemokratischen Ministern für ihre Mitarbeit. Damit war der Austritt der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung vollzogen. Seine formelle Bestätigung erfolgt durch den Reichspräsidenten mit der Genehmigung der Rücktrittsgesuche.

### Reichstagsauflösung?

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ meldet: Mit dem Ausscheiden der Sozialdemokratischen Partei aus dem bisherigen Regierungsverhältnis fällt das Ermächtigungsgesetz, das an die Zeitdauer der bestehenden Koalitionsregierung geknüpft war.

Der Reichskanzler beabsichtigt, sich hiermit abzusuchen und aus dem Rücktritt der sozialdemokratischen Minister für sich keine Konsequenzen zu ziehen. Er will das frei gewordene Justizministerium und Wiederbauministerium durch die Staatssekretäre verwalten lassen und für das Ministerium des Innern einen neuen Mann suchen.

Ein derartiges Kabinett hat keine parlamentarische Mehrheit im Reichstag. Die Sozialdemokratie denkt nicht daran, einer Regierung Stresemann mit den bisherigen Ministern und Krisenmachern das Vertrauen auszusprechen. Stresemann würde also mit seinen bisherigen bürgerlichen Ministern bereits in der ersten Sitzung unterliegen, zumal nicht anzunehmen ist, daß die Deutschnationalen ihre Stimme für ein derartiges Kabinettskabinett geben würden. Er soll in diesem Falle die Auflösung des Reichstags planen und als Diktator auf Grund des Artikels 48 zu regieren beabsichtigen.

Wenn Stinnes das erlaubt. . .

### Regierungskrise auch in Preußen.

Mitglieder der preussischen Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei haben am Donnerstag dem preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun mitgeteilt, daß ein Auffliegen der großen Koalition im Reich auch Rückwirkungen auf die Regierung in Preußen haben müsse.

Trotz dieser Drohung sind die Sozialdemokraten aus dem Kabinett Stresemann geschieden. Die Landtagsfraktion der Volkspartei, die am Freitag zusammentrat, ist aber nicht zu einem Beschluß gekommen. Sie vertagte sich auf Sonnabend.

Nach Mitteilungen der Presse sollen Demokraten und Zentrum wenig Lust haben, auch in Preußen Stresemann-Politik zu machen. Ihre Fraktionen sollen geneigt sein, bei einem Ausscheiden der Deutschen Volkspartei aus der Regierung in Preußen die kleine Koalition wieder aufleben zu lassen.

Wir warten ab. Die Demokraten und das Zentrum im Preussischen Landtag sind ebenso schwankend, wie sie es im Reich sind. —

### Aufruf des Parteivorstandes.

Der sozialdemokratische Parteivorstand wird sich am Sonnabend mit der mit der durch den Austritt der sozialdemokratischen Mitglieder aus der Reichsregierung geschaffenen Lage beschäftigen.

Parteivorstand und Fraktion werden in einem Aufruf an die Parteigenossenschaft eine eingehende Begründung ihrer Haltung geben.

### Schüsse an der thüringischen Grenze.

In der Nacht vom 1. zum 2. November sind Beamte der Thüringer Landespolizei, die sich bei Sönnabach auf thüringischem Boden befanden, von starken Patrouillen irregulärer bayerischer Verbände lebhaft beschossen worden; zeitweise wurden sogar Salven auf sie abgegeben. Die thüringischen Landespolizeibeamten haben das Feuer nicht erwidert. In der gleichen Nacht war während mehrerer Stunden von der Grenze her scharfes Maschinengewehr- und Gewehrfeuer zu hören.

Als eine seiner letzten Amtshandlungen hat der Reichsinnenminister Sollmann folgendes Telegramm an die bayerische Regierung gerichtet:

Preussische und thüringische Staatsregierungen erheben bei mir entschiedene Vorstellungen wegen der irregulären Truppenkonzentrationen an der nordbayerischen Grenze. Verhältnismäßig bedeutende Truppenverbände mit schweren Waffen, auch Geschützen, amtlich festgestellt. Amtliche Meldungen sprechen von Grenzüberreitungen auf thüringisches Gebiet und Schüssen auf thüringische Grenzpolizei. Preussische und thüringische Staatsregierungen besorgt wegen Verletzung ihrer Länder durch diese irregulären Truppen und verlangen schleunigst Schutz von der Reichsregierung. Große Beunruhigung in ganz Mitteldeutschland wegen der militärischen Vorgänge in Nordbayern. Im Reichsinteresse erjuche um baldige Aufklärung über die irregulären Aufstellungen in Nordbayern und über die Maßnahmen der bayerischen Regierung gegen diese große innerpolitische Gefahr.

Die preussische Regierung sieht also die Gefahr, die aus Bayern droht, sie erhebt auch Vorstellungen bei der Reichsregierung — die gegen Bayern nichts tut, weil sie nichts tun will, bestimmt aber nichts tun kann, weil ihr der Rat dazu fehlt. Was tut aber die preussische Regierung?

Wir machen darauf aufmerksam, daß die Unfähigkeit der preussischen Regierung eine Situation heraufbeschwört, die alle Bande der Ordnung löst. Die preussische Regierung will samt der Reichsregierung täuschen sich, wenn sie glauben, daß die verfassungstreue Bevölkerung des Deutschen Reichs im Stiche läßt, nur weil die als Hüter des Reiches bestellten Regierungen vor den wilden Männern in Bayern zusammenknicken. Wenn die preussische Regierung nicht schleunigst zu Entschlüssen kommt und diese in die Tat umsetzt, wird sie erleben, daß die verfassungstreue

Bevölkerung — und nicht etwa nur die Arbeiterschaft! — das Recht der Notwehr für sich in Anspruch nimmt.

Wir sagen das vor allem den Leuten, die sich einbilden, es wäre möglich, durch das Theater von Regierungskrisen die Bevölkerung der unmittelbar bedrohten preussischen Provinzen zu beschäftigen und ihr Augenmerk von der Stelle abzulenken, wo in Wirklichkeit die Entscheidungen fallen. —

### Die Wahrheit über Sachsen.

Im „Vorwärts“ nimmt Genosse Dittmann Stellung zu den Vorgängen in Sachsen. Er widerspricht der Darstellung, als ob erst das Ultimatum des Reichskanzlers die sozialdemokratisch-kommunistische Koalition zerfallen habe und führt aus:

Die Dinge hatten sich am Dienstag den 23. Oktober bereits so weit zuspitzt, daß der Ministerpräsident Doktor Zeigner, der Vater der Koalition mit den Kommunisten, in der sozialdemokratischen Landtagsfraktion erklärte: „Ich werde die beiden kommunistischen Minister entlassen!“ Die Fraktion hielt den Genossen Zeigner noch einmal von diesem Schritte zurück, aber 3 Tage später, am Freitag den 26. Oktober, erklärte Genosse Zeigner in der Landtagsfraktion aufs neue das weitere Zusammenarbeiten mit den Kommunisten für unmöglich und forderte, daß die sächsischen Parteinstanzen sofort zusammenzutreten müßten, um die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis zu ziehen, damit er beim Wiederzusammentritt des Landtags am Dienstag den 30. Oktober mit einer entsprechenden Erklärung vor den Landtag treten könne.

Der innerliche Bruch der Sozialdemokratie mit den Kommunisten war also bereits unmerklich, als am Tage darauf, Sonnabend den 27. Oktober, gleichzeitig mit dem Ultimatum ein Aufruf, unterzeichnet „Der Landesvorstand der K. P. D.“ und „Die kommunistische Landtagsfraktion“, zur Kenntnis der sozialistischen Regierungsmitglieder kam, der dem Fasse den Boden ausschlug. Dieser kommunistische Aufruf durchkreuzte direkt die Parole der gemeinsamen sozialistisch-kommunistischen Regierung, die der Ministerpräsident Dr. Zeigner von der Tribüne des Landtags aus am Dienstag den 23. Oktober gegenüber dem Vorgehen der Reichswehr in Sachsen proklamiert hatte. Beide Dokumente seien hier in ihren entscheidenden Partien einander gegenübergestellt.

Ministerpräsident Dr. Zeigner am 23. Oktober im sächsischen Landtag:

Ich richte im Namen der sächsischen Regierung von dieser Stelle aus die dringende Mahnung an die sächsische Bevölkerung:

Vermeiden Sie nicht die Leiden unsers Landes durch Unbesonnenheiten. Halten wir im Gefühl unsers Rechtes selbst Ordnung herlangt, sorgen wir dafür, daß die Reichswehrkeinen Anlaß hat, einzuschreiten, oder, wie es höflich heißt, verfassungsmäßige und geordnete Verhältnisse herzustellen.

Ungeheure Enttäuschung und eiserne Selbstdisziplin wird von der sächsischen Bevölkerung verlangt, nur weil hier das sächsische Proletariat sich geeinigt hat, weil die Regierungsgewalt in den Händen der proletarischen Partei liegt, weil wir nach wie vor das Bollwerk der Republik im Reich sind und sein werden. Die Bevölkerung muß diese Enttäuschung und eiserne Selbstdisziplin aufbringen im Interesse unsrer schwerbedrohten Existenz als freier demokratischer Staat. Und die sächsische Regierung wird diese Selbstdisziplin aufbringen, — trotz den Handlungen, die immer wieder die Erregung in ungeheurem Ausmaße steigern.

Man vergleiche beide Dokumente miteinander, und man wird feststellen müssen, daß der kommunistische Aufruf, der auffordert, die Provokationen der Reichswehr mit Provokationen durch die Arbeiterschaft zu beantworten, der Parole ins Gesicht schlägt, die Genosse Zeigner im Landtag im Namen der sächsischen Regierung — also auch der Kommunisten — ausgegeben hatte. Die Befolgung des kommunistischen Aufrufs mußte zu Zusammenstößen mit der Reichswehr führen, die nach der Parole des Genossen Zeigner unter allen Umständen vermieden werden

Landesvorstand und Landtagsfraktion der K. P. D. im Aufruf:

Wir Kommunisten erklären: Wir pfeifen auf das Verbot der Hundertschafften durch den Herrn General.

Wir pfeifen auf alle Verbote und Erschüsse, die noch kommen werden.

Wir sind in die Regierung eingetreten, um gemeinsam mit den Sozialdemokraten die werktätigen Massen zum Kampf gegen die Militärdiktatur, Fascismus und Ausbeutung zu mobilisieren!

Wir werden die Massen mobilisieren, mag der General noch so gut tanzen, wie die Schwerindustrie, die Junker, Spekulanten und Faschisten pfeifen.

Wir fordern die Arbeiter auf, das Verbot der Hundertschafften mit der Aufforderung unerschütterlicher Hundertschafften, das Verbot der Aktionsauschüsse mit der Bildung von Aktionsauschüssen in jedem Betrieb zu beantworten!



mussten. Dieser Aufruf, hinter dem Rücken der Sozialdemokratie von den maßgebenden Instanzen der kommunistischen Partei herausgegeben, war ein Akt beispielloser Treulosigkeit und bedeutete praktisch den Bruch der Regierungskoalition durch die Kommunisten. Die Parteieninhaber der Sozialdemokratie brauchen jetzt nur noch diese Tatsache festzustellen und daraus die Konsequenzen für eine Umbildung der sächsischen Regierung zu ziehen, die nach der Zusammensetzung des Landtags — 40 Sozialisten, 20 Deutschnationalen, 18 Volksparteiler, 10 Kommunisten, 8 Demokraten — nur durch Verständigung mit den Demokraten und dieser mit den Volksparteilern möglich war.

So sicher wie das Amen in der Kirche wäre diese Klärung am Dienstag den 30. Oktober im Landtag erfolgt — wenn nicht das Ultimatum des Reichskanzlers am Sonnabend den 27. Oktober dazwischen geplatzt wäre und künstlich und gewaltsam die bereits innerlich erledigte sozialistisch-kommunistische Koalition wieder äußerlich zusammentrieb. Durch das Dresdner Wehrkreis-Kommando hatte der Reichskanzler den kommunistischen Aufruf früher als die sächsische Landesregierung — der durch die Militärdiktatur die Greulichtorgane entzogen waren — zur Kenntnis bekommen. Statt den Aufruf der Landesregierung mit der Aufforderung zu übermitteln, zu ihm Stellung zu nehmen, benutzte ihn der Reichskanzler lediglich zur Begründung seines Ultimatums an die sächsische Regierung, sofort zurückzutreten. Dieses unglückliche Vorgehen hatte die bekannten Folgen: die sächsische Regierung wies das Ultimatum am Sonntag den 28. Oktober zurück, am Montag den 29. Oktober erschien Dr. Heinze als Reichskommissar in Dresden und setzte die sächsische Regierung mit Militärgewalt ab.

Bei der Beratung, die die sozialistischen Regierungsmitglieder am Sonntag den 28. Oktober mit den Parteieninstanzen über das Ultimatum abhielten, schlug der Ministerpräsident, Genosse Dr. Zeigner, in Konsequenz seiner Haltung vom 23. und 26. Oktober vor, daß er dem Reichskanzler antwortete: er wies das Ultimatum als verfassungswidrig zurück, erkläre aber aus eigenem Entschluß, daß die Kommunisten von der Reichsverfassung abgewichen seien und die Basis verlassen hätten, auf der mit ihnen die Regierung gebildet worden sei, er habe deshalb die kommunistischen Minister Böttcher und Gederit aus ihren Ämtern entlassen und werde am Dienstag den 30. Oktober dem Landtag seine Demission unterbreiten. Genosse Zeigner war sich völlig darüber klar, daß der von den Kommunisten schon vor dem Ultimatum herbeigeführte Zusammenbruch der Koalition, deren Hauptträger er gewesen, als politische Selbstverständlichkeit seine Demission als Ministerpräsident zur Folge haben müsse. Deshalb war seine persönliche Haltung am Sonntag absolut korrekt und ein Zeichen selbstloser persönlicher Unterordnung unter die allgemeinen Interessen. Wären die sächsischen Parteieninstanzen am Sonntag dem Genossen Zeigner gefolgt, so wäre wohl die Einsetzung des Reichskommissars und die Abjektivierung der sächsischen Regierung unterblieben, aber die Versicherung, daß die Entschlüsse zum Bruch mit den Kommunisten und zur Demission aus eigenem Entschluß und nicht unter dem Druck des Ultimatum erfolgt seien, hätte in der Öffentlichkeit schwerlich Glauben gefunden. Was freier Entschluß war, wäre als Unterwerfung unter das Ultimatum ausgelegt worden. Wesentlich aus dieser Erwägung fiel die Entscheidung am Sonntag in der gemeinsamen Beratung der parteigenösslichen Regierungsmitglieder mit den Parteieninstanzen: Das Ultimatum wurde abgelehnt unter Verweisung auf seine verfassungsrechtliche Unzulässigkeit, ohne daß gesagt wurde, welche Konsequenzen aus eigenem Entschluß zu ziehen man bereit war.

Hätte es der Reichskanzler nicht so furchtbar eilig gehabt mit der Einsetzung des Reichskommissars und dieser mit der Abjektivierung der sächsischen Regierung, so hätten unsere Genossen am Montag das Verhältnis mit den Kommunisten bereinigt, und am Dienstag hätte Genosse Zeigner eine entbrechende Erklärung im Landtag abgegeben. Dann wären die Forderungen des Ultimatum gegenstandslos gewesen.

Neubildung der Regierung ohne die Kommunisten und ohne Genossen Zeigner hätte sich von selbst ergeben. Was in der Nacht zum 30. Oktober im sächsischen Landtag geschehen ist, die Bildung des sozialistischen Minderheitskabinetts Fellsch mit Unterstützung der Demokraten, war also nur die logische Konsequenz der Verhältnisse, die schon vor dem Ultimatum eingetreten waren, und ist in keiner Weise die Folge des Ultimatum, das nicht nur ein politischer Gewaltakt, sondern auch eine Kriechendheit war.

### Das Direktorium der Schwerindustrie.

Was nunmehr parlamentarisch werden soll, weiß zur Stunde kein Mensch. Diejenigen, die uns durch ihre konterrevolutionären Gesinnungen das Verbleiben in der Regierung unmöglich gemacht haben, richten sich aber nach ihrer Weise auf das Kommende ein.

Die Volksparteiliche Berliner „Zeit“, das Organ Stresemanns, bringt als Beleg dafür folgende Enthüllung:

Seit einiger Zeit schon arbeitet man an der Vorbereitung einer Diktatur, die von Beauftragten der Großindustrie getragen und von jeder parlamentarischen Verantwortlichkeit losgelöst werden soll. Man hat wohl auch die Vorschläge im einzelnen schon fertig. Ein solcher Plan mag vielleicht im ersten Augenblick ganz bestechend ausfallen. Wie lange die Dinge aber ruhig gehen werden und wie lange eine solche Diktatur der Großindustrie und ihrer vier Beauftragten sich halten würde — das möge man sich doch einmal überlegen.

Die schweren Jungen der Industrie haben sich das schon überlegt. Als Stinnes und die Seinen vor vier Wochen den ersten großen Vorstoß gegen das Kabinett Stresemann unternahm, hatten sie ihr Direktorium von fünf Männern mit einem General an der Spitze und Helfreich als Finanzdiktator schon fertig. Inzwischen sind die fünf auf vier starke Männern zusammengeschrumpft.

Stresemann will mit seinem Kumpfkabinett weiter regieren. Ueber ein kurzes Weilschen und seine Parteigenossen vom schwerindustriellen Flügel werden ihm jagen: mach Platz, Fremdsachen, wir regieren! Und Gustav der Vielgewandte wird sich drücken müssen. Das erhebende Gefühl, von Parteigenossen erledigt zu werden, wird ihn trösten müssen.

Stresemann wird den vier starken Männern also keinen Widerstand leisten. Aber es gibt noch Kräfte — Millionenkräfte — im Volke, die nicht so glatt beiseitegeschoben sind wie ein glatter öflicher Nebner und Phrasenur. Und daran wird das Direktorium der Schwerindustrie scheitern.

### Rückwirkung auf Sachsen.

Der Austritt aus der Reichskoalition wird zweifellos sofort auf Sachsen seinen Einfluß üben.

Dort hat schon am Donnerstagabend, bevor in Berlin die Entscheidung fiel, die industrielle Volkspartei aus sich heraus einen scharfen Vorstoß gegen die Sozialdemokratie unternommen. Sie wollte die Vereidigung des neuen Ministerpräsidenten und damit die Bildung der sozialdemokratischen Regierung verhindern. Damit hat sie kein Glück gehabt. Sie hat aber den Antrag auf Auflösung des Landtags gestellt, der am Dienstag in der nächsten Landtagssitzung verhandelt werden soll.

Der Antrag kann nur dann abgelehnt werden, wenn sämtliche sozialdemokratischen Abgeordneten zur Stelle sind und wenn die acht demokratischen Abgeordneten ebenfalls dagegen votieren. Die Kommunisten werden voraussichtlich die Volksparteiler und Deutschnationalen unterstützen.

Es kann leicht so kommen, daß die Regierung Fellsch geäußert wird, bevor sie ihr Amt im eigentlichen Sinn angetreten hat.

### Die Rüstungen in Bayern.

Die militärischen Rüstungen auf bayrischem Boden jenseits der thüringischen Grenze nehmen ihren Fortgang. Wie unüberblumt in aller Öffentlichkeit die „Mobilisierung“ durchgeführt wird, zeigt folgender Aufruf, den „Das Kommando des Jungdeutschen Sturmregiments“ in allen bürgerlichen Blättern Koburgs veröffentlichte:

Die bayrische Regierung hat Teile des Jungdeutschen Sturmregiments aufgerufen. Weitere Aufrufe erfolgen in den nächsten Stunden. Wir müssen von den Arbeitgebern Koburgs und Umgebung erwarten, daß sie unsere Ordensbrüder sofort zur Erfüllung ihrer vaterländischen Pflicht freisetzen. Wir machen darauf aufmerksam, daß die bayrische Regierung verfügt hat, der Ausübung der bayrischen Wehrpflicht keinerlei Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Von allen Arbeitgebern müssen wir erwarten, daß sie nicht nur die Stellen der Ausgerufenen freigehalten, sondern daß sie im Hinblick darauf, daß die Ausgerufenen eine vaterländische Pflicht erfüllen, wo es irgend möglich ist, auch die Gehälter weiterzahlen.

Tatsächlich strömen täglich Mannschaften der illegalen Verbände in kleineren Trupps in Koburg zusammen, wo sie in der Kaserne der ehemaligen 95er, in der jetzt die Landespolizei liegt, eingekleidet werden. Dabei wurden manche der ländlichen Jungdo-Männern, die, als der „Ernstfall“ an sie herantrat, nur zögernd dem Einberufungsbeehl nachkamen, angewandte Weise ausgehoben, teilweise sogar mit Unterstützung der Gendarmen.

Die in Neustadt bei Koburg liegende Kompanie des Jungdeutschen Sturmregiments wurde erheblich verstärkt, und zwar auch in aller Öffentlichkeit, wie folgendes Inserat beweist, das am 30. Oktober im „Neustädter Tageblatt“ veröffentlicht wurde:

#### Grenzschutz Nord, Unterabschnitt 1.

Die Kompanie Neustadt der polizeilichen Nothilfe Bayerns braucht dringend alte feldgraue Uniformstücke (Feldblusen, Hosen und Militärmützen), ferner Auszubehälter wie Koppel, Patronentaschen, Brotbeutel, Feldflaschen, Sandtuch, ferner Gängehirsch aus Blech, Büffel.

Ich bitte die Bürgerschaft, uns durch Zuwendung dieser Art zu unterstützen. Abgabe in der Kompanie-Schreibstube, Amtsgerecht, Zimmer Nr. 5.

Linke, Oberlt. und Abschnittsführer.

Das Hauptquartier dieses Grenzschutzes Nord, das sich im Amtsgerichtsgebäude in Neustadt befindet, war eine Zeitlang als solches durch die Gassenkreuzfahne kenntlich gemacht. Auf Einspruch beim Stadtkommissar wurde sie eingezogen und durch eine große schwarzweißrote Fahne ersetzt.

Im Schlosse Wiesen bei Seßlach befindet sich als Bewaffnungszentrum ein Konzentrationslager, das einen regen Autoverkehr nach Koburg unterhält. Oberleutnant Linke, der Abschnittsführer, war zunächst als nationalsozialistischer Sturmtruppführer in München tätig. Seit einiger Zeit ist er an die „Front“, nach Koburg, versetzt worden. Hier war er in der ersten Zeit im Stabsquartier der 2. Ehrhardt-Brigade, das im Hause Seidemannsdorfer Straße 12 untergebracht ist, bis er jetzt bei der Aufstellung des Jungdeutschen Sturmregiments die Führerstelle erhielt. Alle Anzeichen und Neuerrungen deuten darauf hin, daß man möglichst bald „Losjagen“ will.

Das nachstehende, von einem in Burgundstadt wohnhaften Bankbeamten am 26. Oktober 1923 „An den Deutschen Wanderer-Verein z. Hd. des Herrn Baron von Pfungen in Erlangen, Neue Straße 10“ gerichtete Schreiben gibt ebenfalls von den in Bayern vor sich gehenden Rüstungen Kenntnis:

Zu Anbetracht der Notwendigkeit und Dringlichkeit ersuche ich um beschleunigte Anforderung und Lieferung. Ich kann die Sachen auch mittels Auto holen lassen.

Ich erwarte weiteren Bescheid.

Mit treudeutschem Gruß (gez.) Siehl, Bankbeamter.

Auf den Anmachungen der Führerbesammlungen in Nördlingen stellen die Bezirksgruppen von „Bayern und Reich“ Burgundstadt und Weismain eine eigene Kompanie zusammen. Nach den bis jetzt vorliegenden freiwilligen Meldungen zählt die Kompanie über 200 Mann. Um die Kompanie feldmarschmäßig auszurüsten zu können, ist folgendes dringend notwendig:

### Kleines Feuilleton.

#### Die Klosterstraße in Berlin.

Jedes Mädchen in Berlin ist keine eine Klosterfrau, sondern die Tochter eines Mannes, der sich für ein Kloster zu entscheiden hat. Die Klosterstraße in Berlin ist ein Ort, an dem man sich für ein Kloster entscheiden kann. Die Klosterstraße in Berlin ist ein Ort, an dem man sich für ein Kloster entscheiden kann.

Die Klosterstraße in Berlin ist ein Ort, an dem man sich für ein Kloster entscheiden kann. Die Klosterstraße in Berlin ist ein Ort, an dem man sich für ein Kloster entscheiden kann.

Man hat sich nicht nur für ein Kloster entscheiden können, sondern auch für ein Kloster entscheiden können. Die Klosterstraße in Berlin ist ein Ort, an dem man sich für ein Kloster entscheiden kann.

Die Klosterstraße in Berlin ist ein Ort, an dem man sich für ein Kloster entscheiden kann. Die Klosterstraße in Berlin ist ein Ort, an dem man sich für ein Kloster entscheiden kann.

Die Klosterstraße in Berlin ist ein Ort, an dem man sich für ein Kloster entscheiden kann. Die Klosterstraße in Berlin ist ein Ort, an dem man sich für ein Kloster entscheiden kann.

Die Klosterstraße in Berlin ist ein Ort, an dem man sich für ein Kloster entscheiden kann. Die Klosterstraße in Berlin ist ein Ort, an dem man sich für ein Kloster entscheiden kann.

Die Klosterstraße in Berlin ist ein Ort, an dem man sich für ein Kloster entscheiden kann. Die Klosterstraße in Berlin ist ein Ort, an dem man sich für ein Kloster entscheiden kann.

Die Klosterstraße in Berlin ist ein Ort, an dem man sich für ein Kloster entscheiden kann. Die Klosterstraße in Berlin ist ein Ort, an dem man sich für ein Kloster entscheiden kann.



250 Uniformen mit Mänteln  
 250 Gewehre  
 250 Seitengewehre  
 250 Koppel m. Patronentaschen  
 250 Tornister  
 250 Brotbeutel  
 250 Stahlhelme  
 250 Schjehüte  
 50 Verbandspäckchen  
 1 Feldküche

**Gewehrmunition**  
 M.-G.-Munition  
 Spaten und Beile  
 3 Winenwerfer mit Winen  
 Handgranaten  
 3 Scherenfernröhre  
 Feldstecher  
 2 Fernsprechapparate  
 2 Leinwand mit Isolierband  
 2 Mini-Apparate

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ bemerkt zu diesen neuen Mitteilungen:

Die Rüstungen der illegalen Verbände in Bayern können in Koburg, überhaupt an der bairisch-thüringischen Grenze, jederzeit beobachtet werden. Es wundert uns deshalb, daß die Reichsregierung die amtlichen Untersuchungen aus Anlaß des von uns veröffentlichten Materials bisher noch nicht hat abschließen können. Es kommt nicht darauf an, ob ein Maschinengewehr weniger oder mehr, als behauptet, festgestellt wird, sondern in welchem Maße die illegalen Verbände zum Bürgerkrieg rüsten. Wir verlangen endlich eine amtliche Feststellung, ob unsere Behauptungen im allgemeinen stimmen oder nicht. Das dürfte auch dem Reichswehrminister leicht möglich sein, denn die von ihm nach Bayern entsandten Offiziere werden nicht umhin können, unsere Angaben als richtig zu bekräftigen.

Wir richten an die preußische Regierung erneut die Frage, wie lange sie noch ruhig zusehen will, wie der Bürgerkrieg, der Preußen doch sehr stark bedroht, vorbereitet wird. Wenn das Reich nicht die Kraft oder den Willen hat, sich zu behaupten, so müssen es die Länder tun. Und Preußen kann den Dingen eine andre Wendung auch jetzt noch geben.

**Änderung der Sozialversicherung.**

Im „Reichsanzeiger“ vom 31. Oktober 1923 werden drei Verordnungen des Reichsanwalters und des Reichsarbeitsministers vom 30. Oktober bekanntgegeben, von denen eine die Unfallversicherung, die beiden anderen die Krankenversicherung betreffen. Die einschneidendste Bestimmung bezüglich der Unfallversicherung ist in § 1:

Der Reichsarbeitsminister kann, wenn es zur Erhaltung oder Durchführung der Unfallversicherung oder zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Versicherungsträger erforderlich ist, 1. Änderungen im Bestande der Berufsgenossenschaften vornehmen, insbesondere Berufsgenossenschaften bereinigen, einzelne Gewerbebezüge oder örtlich begrenzte Teile aus einer Berufsgenossenschaft ausschneiden oder einer Berufsgenossenschaft zuteilen oder neue Berufsgenossenschaften errichten,

2. Landesversicherungsanstalten zu Trägern der Unfallversicherung machen.

Einige andre Bestimmungen bezwecken Vereinfachung der Verwaltung und damit Kostenersparung, andre enthalten eine Neuordnung der Unfallversicherung für Betriebe des Reiches, der Länder und der Gemeinden.

Die zweite Verordnung bringt die gesetzliche Regelung der Beziehungen zwischen Ärzten und Krankenkassen. Soweit bisher zu übersehen, entspricht sie im wesentlichen den Vorschlägen, die gemeinsam von den Spitzenorganisationen der Ärzte und der Krankenkassen gemacht worden sind. Neu ist die Errichtung eines Reichsausschusses für Ärzte und Krankenkassen mit je fünf Vertretern der Ärzte und der Krankenkassen und drei Unparteiischen. Er soll Richtlinien aufstellen zur Sicherung gleichmäßiger und angemessener Vereinbarungen zwischen den Kassen und Ärzten, die sich namentlich erstrecken auf Zulassung der Ärzte, allgemeinen Inhalt der Arztverträge, Honorar, Einrichtungen zur Sicherung der Kasse gegen übermäßige Belastung, gegen das sogenannte Kassenkollaterale, planmäßige Verteilung der Ärzte über Stadt und Land.

Am einschneidendsten dürfte die Verordnung über die Krankenhilfe bei den Krankenkassen wirken. Es heißt da:

Die für eine Krankenkasse tätigen Ärzte sind verpflichtet, eine nicht erforderliche Behandlung abzulehnen, die erforderliche Behandlung, insbesondere hinsichtlich Art und Umfang der ärztlichen Verrichtungen sowie der Verschreibung von Arznei, Heilmitteln und Stärkungsmitteln auf das notwendige Maß zu beschränken und bei Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten alles zu vermeiden, was eine unnötige und übermäßige Inanspruchnahme der Krankenhilfe herbeiführen kann.

Diese Bestimmung enthält im wesentlichen, was schon seit Langem in den Arztverträgen der Krankenkassen festgelegt ist. Sehr übel ergeht es dem Arzte, der nicht die Richtlinien beachtet, die der Reichsausschuß festsetzt oder die einseitig der Kassenvorstand „nach Anhörung von Sachverständigen“ zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Krankenkasse aufstellt. Der Kassenvorstand ist berechtigt, die Ärzte auf Verstoß gegen die Vorschriften hinzuweisen und ihnen ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vertragsbestimmungen bei gleichwohl wiederholter Verletzung dieser Verpflichtungen freiwillig zu kündigen und bis zur Dauer von 2 Jahren die erneute Zulassung zur Tätigkeit bei der Kasse zu versagen. Dem Arzt ist allerdings vorher Gelegenheit zur Behebung zu geben. Die Berufung bewirkt aber keinen Aufschub.

Eine weitere Vorschrift ist gegen die freie Arztwahl gerichtet. Entfällt bei einer Kasse auf je 1350 Versicherte, bei Familienbehandlung auf je 1000 Versicherte mehr als ein Arzt, so kann der Kassenvorstand die Neuzulassung weiterer Ärzte zur Tätigkeit bei der Kasse versagen, solange die Zahl der für die Kasse tätigen Ärzte jene Höchstzahl überschreitet. Es bleibt also die freie Arztwahl dort, wo sie besteht, zunächst für diejenigen Ärzte, die an ihr beteiligt sind, erhalten. Aber es steht im Belieben der Kassen, alle andern Ärzte, die sich schon gemeldet haben und die nach den bestehenden Verträgen innerhalb absehbarer Zeit bestimmt mit ihrer Zulassung rechnen zu können glauben, auszuschließen.

Sehr schwer werden die Apotheker betroffen. Wenn in einem Ort ein Apotheker den Krankenkassen besondere Vergünstigungen gewährt, dann müssen nach dem bisher geltenden § 375 der Reichsversicherungsordnung alle übrigen Apotheker zu den Kassenlieferungen zugelassen werden, wenn sie sich zu denselben Vergünstigungen bereit erklären. Diese Bestimmung ist aufgehoben. Es liegt also jetzt für einzelne Apothekeneigentümer ein erhöhter Anreiz vor, durch Gewährung von Rabatt sich selbst einen erhöhten Umsatz zu sichern, derart, daß die übrigen Apotheker von der Kassenlieferung ausgeschlossen bleiben. Wo die Apotheker sich einig sind, den Krankenkassen den Kredit verweigern usw., kann die Arzneilieferung seitens der Kassen ganz eingestellt und durch Barleistungen ersetzt werden.

Opfer müssen auch die Verjährten selbst bringen, um die Ausgaben für Arzneien usw. einzuschränken. Sie dürfen nämlich von jetzt ab 10 v. H. der Kosten für Arznei, Heilmittel und Stärkungsmittel selbst zu tragen. Der Kassenvorstand kann sogar unter Umständen diesen Satz bis auf 20 v. H. erhöhen. Von der Beteiligung der Versicherten an den Arzneikosten wird eine erhebliche Ersparnis erwartet. Es besteht aber das große Bedenken, daß gerade diejenigen, die der Arznei am dringendsten bedürfen, nicht in der Lage sind, auch den 10prozentigen Anteil zu bezahlen. Der Kassenvorstand darf daher für dringende Fälle und besonders für die Erhaltung von Leben Ausnahmen festsetzen.

**Goldmarklöhne im Bergbau.**

Der Schiedspruch, der für den Bergbau am 1. November gefällt wurde, hat eine grundsätzliche Bedeutung. Er ist ein Beweis dafür, daß zielbewusste Arbeit der vielgeschmähten Gewerkschaftsführer nicht ohne Erfolg ist. Die vereinbarten Durchschnittslöhne für den Bergbau sind folgende:

Ruhrgebiet und Köln	Goldmark bei einem Dollar-Papiermark	Stand von 130 Milliarden:
Braunkohle	147 646 845 000	4.77
Aachen, Düren Stein- und Braunkohle	131 258 005 200	4.24
Oberschles. Steinkohle	102 000 000 000	3.29
Niederischl.	90 000 000 000	2.90
Sächsische	83 000 000 000	3.04
Niederösterreichische	87 000 000 000	2.81
Zwischenbüren	98 000 000 000	3.04

Ueber die Wertbeständigkeitsmachung dieser Löhne wurden bestimmte Vereinbarungen getroffen, die den Bergarbeitern auch bei dem inzwischigen auf über 1400 Milliarden heraufgeschwollenen Dollarkurs den vereinbarten Goldlohn sichern.

Die erste Anzahlung für die Woche vom 29. Oktober bis 5. November vormittags 6 Uhr erfolgt am Dienstag den 6. November. Dementsprechend wurde vereinbart: „Diese Durchschnittslöhne werden in dem gleichen Ausmaß aufgebessert, in dem der Markkurs an der Berliner Börse am 2. November gegenüber dem 1. November 1923 sich verschlechtert sollte. Steht z. B. die Mark am 2. November um 100, 200 oder 300 Prozent schlechter, so ist die Abschlagszahlung am 6. November um ebensoviele Prozent Papiermark zu erhöhen. Sollte vom 2. November bis zum 6. November der Markkurs weiter sinken, so muß trotzdem am 6. November der Restlohn für die Woche vom 29. Oktober bis zum 5. November in einem Ausmaß gezahlt werden, daß der Durchschnittslohn, gemessen am Dollarkurs, nicht um mehr als 15 Prozent sinken darf. Das würde bedeuten, daß auch der Restlohn mindestens 4,05 Goldmark je Schicht an der Ruhr betragen muß.“

Man kann auch an dieser Vereinbarung noch kritisieren, wie es die Kommunisten sicherlich tun werden, aber gemessen an den unendlichen Schwierigkeiten, vor denen der Bergbau steht, ist die Vereinbarung für die Bergleute ein Erfolg.

**Bezugspreis für die Volkstimme.**

Die wahnsinnige Preisentwicklung gerade der letzten beiden Tage, das Emporschnellen des Dollars um Hunderte von Milliarden Mark von einem zum andern Tage wirkt sich auch im Zeitungsbetrieb katastrophal aus. Für die „Volkstimme“ liegt daher der unabweisbare Zwang vor, den Bezugspreis für die Woche vom 4. bis 10. November auf

**60 Milliarden**

zu erhöhen. Der Verlag ist damit noch unter der Grenze des geschäftlich Notwendigen geblieben. Wir erwarten, daß unsere Leser Verständnis für die Notlage ihres Blattes haben und es nach Kräften unterstützen werden.

Wer jetzt das Arbeiterblatt abbestellt, macht sich selbst wehrlos gegen die weitere Verabrückung seiner Lage. Wer heute noch Lohn und Arbeit hat, muß es deshalb als seine vornehmste Pflicht betrachten, die Arbeiterpresse am Leben zu erhalten.

**Verordnungen im Geldverkehr.**

Die Anarchie auf dem Zahlungsmittelmarkt hat die Reichsregierung (?) veranlaßt, auf Grund des Ermächtigungsgesetzes neue Verordnungen von Stapel zu lassen, über deren Wirkungslosigkeit wohl nirgends ein Zweifel besteht. Zur Erleichterung des Devisenverkehrs wird eine Reihe Meldepflichten aufgehoben. Wenn das Finanzamt den Erwerb ausländischer Zahlungsmittel genehmigt hat und bei allen kleinen Beträgen fällt die Meldung an den Kommissar für Devisenerfassung weg. Entsprechend wird die wöchentliche Meldung der Devisenbanken beschränkt.

Firmen, die regelmäßig Devisen erwerben und abgeben, brauchen kein besonderes Devisenbuch mehr zu führen. Auch fällt die wöchentliche Meldepflicht weg. Es genügt, daß die Durchführung ordnungsmäßig ist und Abschriften dem Kommissar für Devisenerfassung auf Anforderung jederzeit erteilt werden können. Bis zum 30. November ist ferner die Annahme ausländischer Zahlungsmittel im Warenverkehr zugelassen. Verboden bleibt, solche Zahlung zu fordern oder solche Zahlungsmittel zur Verschaffung der Waren zu erwerben.

Wegen der Freistreiberei in Goldanleihe wurde angeordnet, daß die Vorschriften der Devisenhandelsverordnung vom 22. Oktober auch auf Goldanleihe Anwendung finden. Danach darf Goldanleihe als Kaufpreis für Waren oder Wertpapiere nur zum letzten amtlichen in Berlin notierten Kurse des Tages des Geschäfts abgegeben oder angenommen werden. Bei Preisstellung in fremden Zahlungsmitteln oder in Goldmark kann die Eingabe oder Annahme auch mit der Maßgabe erfolgen, daß die Zahlung der Goldmark oder des auf Dollar umgerechneten Betrags der ausländischen Böhörung in Goldanleihe zum Nennwert erfolgt. Die Gewährung von Sonder- rabattien für Zahlung in Goldanleihe bleibt genehmigt.

Endlich ist das Verbot der Preisstellung in Goldmark auch für den Einzelhandel beseitigt. Ein Verbot, das praktisch längst niemand mehr beachtet hat.

Trübselig, aber wenig wahrscheinlich erscheint die Meldung, daß die Rentenmark und die Stilllegung der Notenpresse definitiv am 10. November gewährt werden soll.

An der Verpflichtung für alle Wirtschaftskreise, die Papiermark nach wie vor in Zahlung zu nehmen, sollen diese Erleichterungen nichts ändern. Die Reichsregierung wird die Annahme der Papiermark als Zahlungsmittel, wenn es sein muß, auch mit den schärfsten Mitteln durchsetzen. Auf diese „schärfsten“ Mittel darf man neugierig sein.

**Dollar Amtliche Notiz 420 Milliarden**  
 Letzter Kurs in Kennort 1430 Milliarden.

**Ein Fernbrief 1 Milliarde.**

Am 5. November tritt eine neue Erhöhung der Postgebühren in Kraft. Von diesem Tage an betragen die wesentlichsten Gebühren im Post- und Postfachverkehr innerhalb Deutschlands:

Für Postkarten im Ortsverkehr 200 Millionen, im Fernverkehr 500 Millionen.  
 Für Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 500 Millionen, über 20 bis 100 Gramm 600 Millionen, über 100 bis 250 Gramm 1000 Millionen, über 250 bis 500 Gramm 1200 Millionen, im Fernverkehr bis 20 Gramm 1000 Millionen, über 20 bis 100 Gramm 1400 Millionen, über 100 bis 250 Gramm 1600 Millionen, über 250 bis 500 Gramm 1800 Millionen.  
 Für Druckfachen bis 25 Gramm 200 Millionen, über 25 bis 50 Gramm 400 Millionen, über 50 bis 100 Gramm 600 Millionen, über 100 bis 250 Gramm 1000 Millionen usw.  
 Für Pakete 1. Zone (bis 75 Kilogramm) bis 3 Kilogramm 2500 Millionen, über 3 bis 5 Kilogramm 3500 Millionen, über 5 bis 6 Kilogramm 4000 Millionen, über 6 bis 7 Kilogramm 4500 Millionen, über 7 bis 8 Kilogramm 5000 Millionen, über 8 bis 9 Kilogramm 5500 Millionen, über 9 bis 10 Kilogramm 6000 Millionen, 2. Zone (über 75 bis 375 Kilogramm) bis 3 Kilogramm 5000 Millionen, über 3 bis 5 Kilogramm 7000 Millionen, über 5 bis 6 Kilogramm 8000 Millionen, über 6 bis 7 Kilogramm 9000 Millionen, über 7 bis 8 Kilogramm 10000 Millionen, über 8 bis 9 Kilogramm 11000 Millionen, über 9 bis 10 Kilogramm 12000 Millionen; 3. Zone (über 375 Kilogramm) bis 3 Kilogramm 5000 Millionen, über 3 bis 5 Kilogramm 7000 Millionen, über 5 bis 6 Kilogramm 12000 Millionen, über 6 bis 7 Kilogramm 13500 Millionen, über 7 bis 8 Kilogramm 15000 Millionen, über 8 bis 9 Kilogramm 16500 Millionen, über 9 bis 10 Kilogramm 18000 Millionen usw.

**Notizen.**

Waffenlager ausgehoben. In Hohenwestedt (Schleswig-Holstein) sind bei einem Gutsherrn 8 Maschinengewehre, 178 Gewehre und 6 Fässer mit Munition beschlagnahmt worden. Festgenommen wurden drei junge Leute, die im Auftrag einer rechtsradikalen Organisation die Waffen bewachten. In einem andern Orte wurden 500 Gewehre gefunden.

Die „Münchener Post“ darf wieder erscheinen. Der Generalstaatskommissar Kahr hat das Verbot der „Münchener Post“ bis einschließlich Mittwoch den 7. November befristet, in der Voraussetzung, daß die Redaktion ein Entschuldigungsschreiben an Kahr richtet, der sich durch die Kräfte, die zu dem Verbot führten, persönlich gekränkt fühlte. Die „Münchener Post“ ist diesem Wunsch nachgekommen und betont in ihrem Schreiben, daß sie ihren Kampf auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet stets nur sachlich zu führen beabsichtigt war, im Interesse des Volkes, insbesondere der Arbeiterklasse. Wenn sie in diesem Kampf einen Schritt zu weit gegangen sein sollte, so sei das unter den heutigen Umständen wohl entschuldigbar.

Zeitungsverbote überall. Durch einen Erlass des Militärbefehlshabers wurde die in Bremen erscheinende deutsch-nationale „Norddeutsche Rundschau“ vom 31. Oktober bis zum 6. November verboten. Das Befreiungskommando 2 in Estlin hat die sozialistischen Blätter in Pöstin, Plessberg und Kughaven sowie die deutsch-nationale „Lauenburger Zeitung“ und die „Stargarder Zeitung“ verboten. Nach einer Verfügung des Militärbefehlshabers des 5. Bezirkses vom 24. Oktober d. J. sollen Verteiler von Flugblättern beträchtlicher Anzahl, sowie solche Personen, welche im Besitz einer größeren Menge von solchen Flugblättern betroffen werden, in Schutzhaft genommen werden, falls nicht schon gerichtlicher Haftbefehl gegen sie erlassen worden ist.

Abgekürztes Zeitungsverbot. Das Verbot der „Berliner Volkszeitung“, das der Wehrminister am Dienstag für die Dauer einer Woche verhängt hatte, ist schon am Freitag aufgehoben worden.

Billige Kartoffeln. Oberpfälzischen Bauern bot ein Münchener für jede Kartoffel eine Million. Darauf erbot sich ein Bauer, ihn 100 Stück zu diesem Preis in seinem Keller auszulassen zu lassen. Der Bauer hatte sehr große Kartoffeln und so bekam der Münchener 1 Berliner Kartoffeln für 100 Millionen.

Russische Getreideausfuhr nach Deutschland. Seit Wiederaufnahme des Getreideverkehrs sind, wie die russische Telegraphenagentur mitteilt, 570 000 Tonnen russischer Getreideprodukte nach Deutschland übergeführt worden.

**Depeschen.**

**Die „Atheinische Republik“**

Ab. Frankfurt a. M., 3. November. Laut Frankfurter Zeitung wurde heute in Königsfelden im Taunus von den Separatisten die „Atheinische Republik“ ausgerufen. Die Separatisten befehlen das Rathaus und das Landratsamt. Das Postamt wurde ebenfalls in Besitz genommen, nachher aber wieder freigegeben. Widerstand der Bevölkerung war nicht möglich. Gleichzeitig mit der Ausrufung der „Atheinischen Republik“ fanden Plünderungen in verschiedenen Konfektions- und Schuhläden statt.

**Brandler flüchtig.**

Dresden, 3. November. Nach einer Blättermeldung ist gegen den Kommunistenführer Brandler, der unter der Regierung Zeigner als Ministerialdirektor eingesetzt war, vom Amtsgericht Dresden wegen einer aufrührerischen Rede, die er in Chemnitz gehalten hat, ein Haftbefehl erlassen worden. Brandler ist flüchtig.

**Poincaré vereitelt die Konferenzen.**

Ab. London, 3. November. Reuter meldet aus Washington, Präsident Coolidge sei der Ansicht, daß die von Poincaré geforderte Beschränkung des Programms der geplanten Sachverständigen-Untersuchung über Deutschland's Zahlungsfähigkeit es nutzlos machen würde, den Plan weiter zu verfolgen.

**Mitteilungen aus der Buchhandlung Volkstimme.**

Verkaufspreis gleich Grundpreis (Schulbuchhandel). Buchhändlerz. 3. 16 Milliarden (im Antiquariat eigne Schulbücher 5 Milliarden). Abonnements und Einzelverkauf von Zeitschriften aus allen Wissensgebieten. Gebühre von 9 bis 1 und 3 bis 6 Hkr.

**Zeitschriften-Abteilung.**

Sunge Gemeinde Nr. 9. — Neclams Aniverjum Nr. 16. — Garten- schauzeit für Oktober. — Unfre Kalender.

Anker Wandkalender. 100 Millionen. — Mitteldeutscher Volkskalender. 500 Millionen. — Neuen Welt-Kalender. 5 Milliarden. — Weltwärts-Almanach. 7 Milliarden. — Fortwärts-Adresskalender. Grundpreis 1,50 Mark.

**Aus unserm Antiquariat.**

16 ständige Vermeißerbücher. 1 Nummer 4 Milliarden, 5 Nummern 16 Milliarden, 10 Nummern 30 Milliarden.

**Leichtkasse:**

(Gebühre von 10 bis 1 und 3 bis 6 Hkr.)  
 Sonntagsstunden für Arbeiter. Am Sonntag den 11. November, abends 7 Uhr, im großen Saale des Frankfurterparks. Erwachsene 500 RM., Jugendliche 20 RM., nur für diese Woche. — Wogel und der Kosen- gräber vom Goldberg. Am Sonntag nachmittag 3 Uhr im Stadttheater. — Festsung. Montag und Dienstag in der Wartenstraße. Preis 40 000 000 und 500 000 000. — Märchenabend mit der sozialistischen Arbeiterjugend im Saale des Frankfurterparks am Sonntag den 4. November, nachm. 4 Uhr. 1 000 000 RM. — Venus-Gal. Abends. Sozialistische Arbeiterjugend Sonntag abends 7 Uhr im Frankfurterpark. 40 000 000 und 48 000 000 RM. — Kaiser- und Kaiserinabend des Volkmann-Stros Donnerstag den 2. November. 7 Uhr, im Stadttheater.



# Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft

## Goldanleihe als Zahlungsmittel.

Um die Einführung der Goldanleihe als Zahlungsmittel zu fördern, werden wir vom 5. November d. J. an Goldanleihe-Konten eröffnen.

Für die Führung dieser Konten gelten folgende Bedingungen:  
a) Wir verzinsen Einlagen in zinscheinloser Goldanleihe bei täglicher Kündigung mit 4% jährlich, bei monatlicher Kündigung oder auf einen Monat fest mit 6% jährlich.

Die aufgelaufenen Kontozinsen werden in Goldanleihe gezahlt.  
b) Wir führen die Konten vollständig provisionsfrei.

c) Die erste Einlage muß mindestens 10.— Dollar betragen. Ueber die Guthaben kann durch Quittung, Schecks oder durch Ueberweisung auf ein anderes Konto unserer 300 Filialen und 130 Depositenkassen in Deutschland verfügt werden. Der Ueberweisungsverkehr mit anderen Banken wird in kurzer Zeit eingerichtet werden. Scheckbücher stehen zur Verfügung.

Magdeburg, den 3. November 1923.

Commerz- und Privat-Bank  
Aktiengesellschaft.

1788

**Buchstabe**  
sehr preiswert  
**Bohnermasse**  
in bester Qualität  
**Puppenstuhl-Tapet.**  
in großer Auswahl  
**Cremers**  
Tapetenhaus  
Gr. Ringstraße 1

**Uebernahm v. Möbeln**  
u. Wirtschaftsgegenständen jeder Art.  
Jed. Mittw. u. Sonnab.  
Beratung  
**Ernst Ritter**  
Auktionator und Taxator  
Stephansbrücke 38  
(großer Saal) Tel. 7887.

**Ankauf von Rohfellen aller Art**  
Hafen, Kanin, roh  
Käse, Wader,  
Fuchs, Fische  
kauft laufend zu  
höchsten Preisen

**Schmid, Kürschner**  
Papptalke 20  
Eingang Hof links.

**Aus schneiden!**  
**Müllers Fahrrad-  
reifen-Klinik**  
repariert jed. selbst den  
schlechtesten, zerfahrenen,  
durchlöcheren Fahrrad-  
mantel gerant. haltbar.  
Millionen sparen Sie  
sein Leben, nur Werst.  
**Rufsch. Nr. 9,**  
Gr. Gr. Schulstraße.

**Gohlleder**  
Auschnitt  
Kantoffelfeder  
**Chr. Kühne,**  
Leberfabrik  
**Schönebeck.**

# Kristall-Palast

Leipziger Straße — Haltestelle der Linie 9  
— Umgebaut und bedeutend erweitert! —  
Am Sonntag den 4. Novbr., nachmittags 4 Uhr  
**• TANZ •**  
Größtes Ballorchester Magdeburgs. Golde Pfeife  
Kristall-Palast-Café  
Erstklassiges Künstler-Konzert.  
Am 6., 7., 8. und 9. Novbr., abends 8 Uhr: noch nie dagewesene, nervenerregende  
**Attraktionen der Troisi-Tour**  
Gastspiel **Rolf Sylocco.**  
Bitte Zeitungen, Anschläge u. Plakate beachten.

## Kleingärtner!

**Kanin-, Ziegen- und  
andre Felle**  
verkauft Sie vorteilhaft bei  
**Karl Mankeit**  
Braunschweiger Str. 87.

## Gehen Sie zum Fachmann

Für  
**Mauserpistolen**  
Kal. 7,63m. Anschlagsk.  
Prismengläser, Jagdgewehr, Taschenpistolen  
zahle ich nach wie vor die höchsten Preise  
R. Weissenborn, Glas- und Feinwerk-  
Straße 18, vorn 2 Treppen. — Tel. 6334.

## Magdeburger Volksbühne

Gastspiel des Wästenwagens  
der Holtorf-Truppe  
Sonntag den 4. November, nachm.  
3 Uhr, im Stadttheater  
**Der Totengräber vom Feldberg, Wozzek**  
Montag und Dienstag den 5. und  
6. November, nachm. 5 und 6 Uhr  
in der Marienkirche  
**Totentanz**  
Karten, auch für Nichtmitglieder, an der  
Kasse, b. m. Abendkasse. Auf bereits  
gelöste Karten wird eine Nachzahl. erbob.

## Fürstenhof

**Arkadia-  
Künstlerspiele**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
Ernst Walter, der famose Sumorist.  
Zwei Hansens, Bühnenkomiker in  
höchster Vollendung.  
Bruno Christoph, der zaub. Komiker.  
Peter Kante, d. Inf. Stimmungsfänger.  
Jeden Sonntag um 11 Uhr  
**Vorstellung und Tanz**

Bitte anschneiden! Bitte anschneiden!  
**Achtung, Kanarienzüchter!**  
**Wendler & Vacholtz, Magdeburg**  
Breitelweg  
Nr. 69/90  
**Kanarien-Exporthaus „Flora“**  
Groß-Eingang  
Telephon 5045  
Händlungsstellen  
eingetr. Firma  
Groß-Export  
Rienhorst  
Postfachkonto Magdeburg 12163  
Sie kaufen ständig jeden Posten Kanarienzüchter und -weibchen zu aller-  
höchsten Kontantpreisen. Geschäftszeit tagl. 8-4 Uhr, Sonntags 8-1 Uhr.  
222 Sachliche Vertreter überall gesucht.

Zum Hauschlachten empfehle:  
**Sämtl. Sorten Ia. Därme  
und Ia. Schweinelebern**  
**Max Heynemann,**  
Darmgeschäbhandlung  
1816  
Magdeburg, Seyditzstraße Nr. 8.

## Preiswert u. gut

muß ein Waschmittel sein, wenn es seinen  
Namen verdienen will. Unter der Fülle der  
auf dem Markt befindlichen Waschmittel  
gibt es eins, das sich in steigendem Maße  
der Beliebtheit der Hausfrauen erfreut:

## Berfil das unübertroffene Waschmittel

Es verblüffelt Wirtschaftlichkeit mit be-  
quemster Anwendungsweise. Einmaliges  
kurzes Kochen gibt bei schonendster Be-  
handlung eine tadellose Wäsche. Berfil  
ist sehr alkali und ohne Zusatz verwandt  
werden und ist am ergiebigsten, wenn es  
in kaltem Wasser aufgelöst wird.

## Ein Versuch lohnt!

**Brillanten, Gold u. Silber**  
kauft  
**Otto Lips, Kleine Junterstraße 10.**

## Alte Möbel

Schreibtische, Verticos, Kommoden,  
Stühle, Kleider- u. Küchenschränke,  
Büffets, Kredenzen, Spl. Schlafzimmer  
kauf  
**Paul Sappelt, Krügerbrücke 1a.**

**Ernst Funke, Magdeburg-B.**  
An der Elbe 8  
Telephon 402 1771  
Erstes und größtes Spezialunter-  
nehmen der Provinz für Umzüge  
jeden Umzuges per Möbelkraft-  
wagen mit Möbelwagen-Anhänger  
auf Grund, innerhalb der Stadt  
sowie von und nach allen Orten  
Anstands billige Preise. Ringfrei!  
Kostenschulden bereitwillig!

**Brillanten**  
von Schmucksteinen  
**Gold-,  
Silber-,  
Platin-Bruch**  
jeder von  
Dublet und einem  
Schiffen. Für Ihren  
ersten hohen Preis.  
**Max Obeck**  
Anker am Goldminen-  
Schiffweg 89/91  
Opp. Rathenowstr.  
Laden.

**Händler!**  
— Lumpen —  
**Alt-Metalle**  
kauft zu den  
höchsten Tagespreisen  
**Karl Mankeit**  
Braunschweiger Straße 87.  
— Telephon 9196. —

**Alt-Eisen  
Lumpen usw.**  
kaufen in großen und  
kleinen Posten zu den  
höchsten Tagespreisen  
**Manfeld, Schulz & Co.**  
G. m. b. H.  
Freie Straße 20  
Fernsprecher 3387.  
**Städtische Theater**  
Stadt-Theater  
Sonntag, 4. November  
nachmittags 11 1/2 Uhr  
Theaterische Morgen-  
feier, Gast. Herrmann  
über  
**Ludwig Thoma**  
Nachmittags Vorstel-  
lung für die Volksbühne  
3 Uhr Gastspiel der  
Holtorftruppe.  
Sonntag, 4. November  
Anrecht aufgehoben!  
**Lohengrin**  
Oper v. Rich. Wagner.  
Anf. 7 1/2, Ende 10 1/2 Uhr.  
Montag, 5. November  
5. Abend  
**Siefland**  
Oper von E. v. Albert.  
Anf. 7 1/2, Ende 9 1/2 Uhr.  
Wilhelm-Theater  
Sonntag, 4. November  
Offene Vorstellung!  
**Der Revisor**  
Einführung von N. Gogol.  
Anf. 7 1/2, Ende 10 1/2 Uhr.  
Montag, 5. November  
Vorst. f. d. Volksbühne  
Vorst. f. d. Volksbühne  
Vorst. f. d. Volksbühne  
Vorst. f. d. Volksbühne  
**Der Revisor**  
Einführung von N. Gogol.  
Anf. 7 1/2, Ende 10 1/2 Uhr.

**Neuer Schwan**  
Leipziger Straße 45 d 1892  
Jeden Sonntag ab 4 Uhr  
Der große  
**Gesellschaftsball.**

**HOZO**  
Der  
**November-Spielplan**  
der Kleinkunstbühne Hohenzollern  
**Erna Thesen** Sängerin  
**Vera Verona** Soubrette  
**Alfred Patze** Sumorist  
**Geschwister Thesen**  
Spitzen- und Verwandlungstänze  
**Mia Mindi** Stimmungsbühne  
**2 Sylvesters**  
humoristische Meisterjungen  
**Alfred Makgraf** der Artomische

**Royal**  
Künstlerspiele  
Dir.: G. Kammitz  
Breitelweg 94  
Täglich 8 Uhr  
das mit großem Er-  
folg aufgenommene  
Novbr.-Programm  
u. a.  
**Die Parth**  
**Süße Nacht**  
**Der Letz**  
Opern- u. Singspiel.  
**Loree-Duo**  
Apostrophie  
**Erich Gutshab**  
Vortragskünstler  
**Cambo-Duo**  
Ergötlich, Musikalisch

**Zentral**  
Täglich  
7 1/2  
Uhr  
**Letzter  
Sonntag  
Des Königs  
Nachbarin**  
Friedrich  
d. Große: **Max Grünberg u. G.**  
11. Sonntag 1923

## Unsre Kalender für 1924!

**Mitteldeutscher Volkskalender.** Mit Eintragungen,  
Wochentagen und Monatsnamen, Bilder und Zeichnungen. Ein  
Klein-Kalender. Preis 200 Millionen Mark.  
**Reue-Welt-Kalender.** Preis 3 Millionen Mark.  
**Unser Wandkalender.** Preis 50 Millionen Mark.  
**Künstlerischer Wochen-Abreißkalender.**  
Preis 4 Millionen Mark.  
**Vortwärts-Almanach.** Preis 6 Millionen Mark.  
Ergibt beides.  
Schnelle  
(in die Zeitungen abzugeben.)  
**Verhandlung Volkskammer, Große Ringstraße 3.**

**Einige gewöhnliche  
arbeitslose Parteigenossen  
für den Straßenberuf**  
eines täglich erscheinenden Nachrichten-  
blattes gemäß. Redaktionen im Fern-  
beruf. Große Ringstraße 3, 2. Etage.

**Trotz der schlechten Zeiten**  
ein Spielplan mit Darbietungen in hier nie gezeigter Güte.  
**4 Aurora 4**  
einzig dastehende radfahrende Akrobaten.  
**6 Varadijs 6**  
ungarisches Tanz- und Gesangs-Sextett.  
**Blumenfeld-Althoff**  
neue Dressuren und Reiterei.  
**2 Bramsous**  
die eleganten Reifenroller.  
**Charlotte Wagner**  
auf ihren beiden Vollbluthesten usw. usw.

**CIRCUS**  
Vorverkauf 10-1 und  
ab 4 Uhr im Circus  
Naherwegung: Für je  
15 Pfd. Hafer erhält.  
Sobald gute Mittelst. Bre.  
Sonntag 15-22 Uhr:  
Offenl. Probe  
mit K. u. B. reiten  
mit nachmittags  
Vorst. in d. Preis.  
Pflanzendress.

**Bilder-  
bücher**  
in allen Preislagen  
empfehl.  
**Kuchelberg, Volksstimme**  
Gr. Ringstr. 3.  
Pistolen, Gewehre, Lauf-  
Fahrräder, Kasse b. Preis.  
Fahrräder, Kasse Nr. 11.



Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 5. November 1923.

Einschränkungen im Personenzugverkehr.

Die Verschärfung der allgemeinen Wirtschaftslage zwingt die Reichsbahn, alsbald einschneidende Einschränkungen im Personenverkehr vorzunehmen.

An diese vorläufigen Einschränkungsmaßnahmen werden sich sofort die Vorarbeiten für den organischen Aufbau eines neuen auf schmalerer Grundlage aufzubauenden Fahrplans anschließen.

Rorden und Nordosten: D 3 Kiel-Altona-Berlin (Anschluß an Magdeburg 2.43). D 89/90 Altona-Frieden (Münch.)

Südosten: D 35/40, 39/30 Berlin-Breslau. D 63/64 Berlin-Dresden. D 105/106 Breslau-Sagan-Galle-Kassel.

Westen: D 9/10 Berlin-Magdeburg (12.45/52 abends bzw. 5.29/36 abends).

Der Maskentanz der Polster-Truppe. Die Magdeburger Wolsbüchne hat die Künstlertruppe 'Der Maskentanz' die sich früher 'Schleswig-Holsteinische Wolsbüchne' nannte, zu einem Maskenspiel eingeladen.

Wertbeständige Geldscheine der Reichsbahn. Auch die Reichsbahn wird durch Herausgabe von wertbeständigen Geldscheinen, die sich auf die Goldanleihe stützen, die Bezüge des Reichsbahnpersonals zum Teil und in nach und nach steigendem Verhältnis wertbeständig gestalten.

Während Frithjof das erzählte, demonstrierte er mir im Korridor, wie die Gestalt aus dem Saale getreten war, über den Korridor und dann aus der Tür geschlichen war, um draußen auf dem Hofplatz spurlos zu verschwinden.

Das Geheimnis des Alten.

Roman von Stein-Riberton.

(9. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten

„Nun daß mal auf,“ sagte er, „Du siehst doch selber: um den ganzen Gutshof herum zieht sich übermannshoher Zaun!

„Das ist allerdings eine sehr merkwürdige Geschichte,“ sagte ich. „Du behauptest also, Du hättest bis gegen zwei Uhr nachts über den Rechnungen gearbeitet?“

„Ja!“

„Nun, würdest Du Dir in diesem Falle nicht die Möglichkeit denken können, daß Deine Herren so überreizt waren?“

„Vielleicht...“ sagte er. „Vielleicht war es in der Tat irgendein Gespenst, denn Du wirst mir selber zugeben: ein lebendes Wesen kann nicht so ohne weiteres vom Erdboden verschwinden, als hätte der Wind es wegweht.“

„Anwiefern?“

„Als es nämlich bis ins Entree gelangt war, drückte es die Tür von innen her zu, und obwohl ich alle meine Kräfte aufwandre, vermochte ich sie dennoch nicht aufzustoßen.“

„Gibt Du dem Mann denn seitdem noch jemals wieder gesehen?“

Arbeiterverein Kinderfreunde. An zwei Stellen gaben sich am Sonntag unsere Eltern und vor allem unsere Kinder ein Stelldichlein. In Frankheim hatte uns die Sozialistische Arbeiterjugend eingeladen.

Sonntagfrühen für Arbeiter. An die Mitwirkenden: Probe zum Markenquell nicht Dienstag, sondern Mittwoch abend 1/8 Uhr im Frankheim.

Das Schulgeld an den städtischen Lehranstalten beträgt für die erste Novemberhälfte in Milliarden Mark:

Table with 3 columns: an den höchsten Lehranstalten, Einheimische, Auswärtige. Rows include Mittelschulen, Volksschulen, Handelsschule, Höhere Handelsschule, etc.

Gegen die Sabotage der Wohnungsbaubauabgabe. Es ist in einer Hausbesitzerversammlung dazu aufgefordert worden, die Wohnungsbaubauabgabe nicht von den Mietern einzuziehen.

Kleinerer Brände. Am Sonnabend abend brannte in einem Wohnzimmer des Hauses Rothener Straße 5 im ersten Stockwerk eine gepuzte Holzwand, durch welche ein Feuerrohr führte.

Kredithilfe zur Lebensmittelversorgung. Zur Linderung der größten Not auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung hat die Reichsregierung für die Milchverarbeitung erhebliche Beiträge den Ländern zur Verfügung gestellt.

Haferwährung auf der Schweineversteigerung. Die im Hallenbau, Wilhelm-Kobelt-Straße, am Mittwoch den 7. November, vormittags 9 Uhr, zu eröffnende Schweine- und die am Donnerstag den 8. November, vormittags 9 Uhr, beginnende Versteigerung der Buchdrückweine wird infolge der völlig zerrütteten Geldverhältnisse dem Beispiel anderer Auktionen folgen.

Der amtliche Dollarkurs für den Handel. Der Präsident des Landespolizeiamts, Gregorinski, teilt mit: Gemisse Preise des Handels haben den niedrigeren Markkurs an der Neuhoher Börse vom Freitag, der am Sonnabend früh bekannt gemacht ist, zum Anlaß genommen.

Städtisches Notgeld. Weiteres Notgeld hat die Stadt Magdeburg zur Behebung der Zahlungsmittelknappheit herausgegeben. Die Scheine lauten über den Betrag von 50 und 100 Milliarden Mark.

Der Verkauf von Eiern zur Wiederherüberung bedarf vom 15. November an der besonderen Erlaubnis. Dem Verkäufer wird ein Erlaubnisschein ausgestellt, der mit dem Bild und eigenhändiger Unterschrift des Zuhalters versehen sein muß.

Ladendiebin. Durch ihr aufscheinend harmloses, Zutreten erweckendes Auftreten machte eine unbekannte Ladendiebin in den letzten Tagen hier ganz annehnlische Beute. In unbeschriebenen Augenblick stahl sie einen Teil von den ihr zur Auswahl zugewiesenen Sachen.

Gefohlen wurden: Von einem Bau in Fernerleben eine größere Menge Kalkbrenner, Stangen und Eisenbahnhaken.

Schuhwarendiebstahl. Aus einer Schuhwarenfabrik in Burg sind in der Nacht zum 3. d. M. größere Mengen hohe Damenschuhe, innen 8664 gestempelt, Damen-Hals- und Herren-Sportschuhe, innen 8483 gestempelt, gefohlen worden.

Freigesprochen. Der Tischlermeister Ernst Gbert hier, Sieberstraße 57, war im Juni d. J. wegen angeblicher Preissteigerung mit einem Strafgebot bedacht worden.

Kleinerer Brände. Am Sonnabend abend brannte in einem Wohnzimmer des Hauses Rothener Straße 5 im ersten Stockwerk eine gepuzte Holzwand, durch welche ein Feuerrohr führte.

Freigesprochen. Der Tischlermeister Ernst Gbert hier, Sieberstraße 57, war im Juni d. J. wegen angeblicher Preissteigerung mit einem Strafgebot bedacht worden.

Sozialistischer Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg.

Singen Mittwoch 1/2 8 Uhr im Frankheim. - Werbespiel Mitte Dienstag 1/2 8 Uhr im Frankheim. - Arbeiterverein Kinderfreunde, Bezirk Fernerleben, Elternbesprechung Mittwoch den 7. November, abends 7 Uhr, Fernerleber Schule. Referent Genosse Philippson. (Siehe Votales.)

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Stadttheater. Dienstag (6. Abend): Schweiger. Mittwoch (7. Abend): Gygis und sein Ring. - Wilhelm-Theater. Dienstag (Vorstellung für den D. amtenbund): Raub der Sabinerinnen. Mittwoch (Vorstellung für den D. amtenbund): Der Neivior.

„Du sagst das in einem so merkwürdigen Tone. Ja, hast Du ihn denn sonst irgendwo zu kennen vermocht?“

„Auch das vermochte ich eigentlich nicht zu sagen. Aber Du siehst doch selbst, was für merkwürdige Dinge hier bei uns passieren...“

„Hör, Freund,“ sagte ich, „daß es ein Gespenst war, was Du gesehen hast, das glaubst Du also nicht?“

„Nein, das glaube ich wirklich nicht.“

„Du meinst also, daß es ein Mensch war, irgendein Fremder?“

„Ja.“

„Und kein Einbrecher?“

„Er schüttelte den Kopf und murmelte halb für sich selbst: „Das ist es ja eben, daß ich nicht weiß, was der Kerl eigentlich wollte!“

„Na, und das Einzige, was Dich also sehr wundern, ist, wie er so rasch und so spurlos verschwinden konnte?“

„Allerdings.“

„Ich zeigte auf den Baum.“

„Wenn er aus dem Hofe nicht herausgekommen hat,“ sagte ich, „so gibt es eben nur eine Möglichkeit: er ist auf den Baum hinauf geklettert!“

„Frithjof sah mich verwundert an.“

„Das ist so gut wie undenkbar,“ antwortete er. „Du brauchst Dir ja nur den glatten, hohen Stamm anzusehen...“

(Fortsetzung folgt.)



